



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

G8-GIPFEL: BEKÄMPFUNG DER STEUERHINTERZIEHUNG UND LEGALE STEUERVERMEIDUNG ERNEUT THEMA

Anfang der Woche – vom 17.06. bis zum 18.06.2013 – fand ein zweitägiger G8-Gipfel in Nordirland statt. Die Staats- und Regierungschefs aus den USA, Kanada, Japan, Russland, Deutschland, Frankreich, Italien sowie Großbritannien trafen sich unter der Leitung des britischen Premierministers David Cameron, der das Motto der drei T's als Schwerpunkt setzte: Trade (Handelsförderung), Transparency (Transparenz) und Tax (Steuern). Ziel des Treffens war es unter anderem, gemeinsame Standards zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie zur Bekämpfung legaler Steuervermeidung internationaler Konzerne zu beschließen. Dies soll durch mehr Transparenz umgesetzt werden in Form eines möglichst umfassenden Informationsaustausches zwischen den Staaten. Abschließend wurden folgende – sehr allgemein gefasste – steuerpolitische Forderungen deklariert:

- Automatischer Informationsaustausch: Steuerverwaltungen sollen weltweit automatisch Informationen austauschen, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.
- Besteuerung internationaler Konzerne: Länder sollen bestehende Regelungen ändern, die bisher zulassen, dass Unternehmen grenzüberschreitend ihre Gewinne verlagern, um Steuern zu vermeiden. Gleichzeitig sollen multinationale Unternehmen den Steuerverwaltungen mitteilen, welche Steuern sie in welchem Land zahlen.
- Unternehmen sollen ihre tatsächlichen Eigentümer aufweisen und Steuerbehörden sollen einen leichten Zugang zu diesen Informationen erhalten.
- Entwicklungsländer sollen die Information und Kapazität haben, ihnen zustehende Steuern zu erheben. Andere Länder haben dabei die Pflicht, sie darin zu unterstützen.

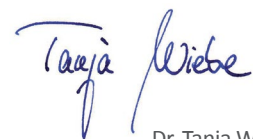
Im Vorfeld traf sich David Cameron vergangenes Wochenende in London mit den Vertretern der Kanalinseln und der britischen Überseegebiete, die als sog. Steueroasen gelten. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

mit der Veröffentlichung des Wahlprogramms der Union am kommenden Montag liegen alle Wahlvorhaben der Parteien auf dem Tisch. Insbesondere die Vermögensteuer/Vermögensabgabe erhitzt zunehmend die Gemüter. Politik, Verbände und die Wissenschaft widmen sich dem Thema intensiv. So ist kürzlich ein weiteres Gutachten vorgelegt worden, das nicht nur die etwaigen Belastungen der Vermögensteuer/-abgabe aufzeigt, sondern auch die Gesamtbelastungen unter besonderer Berücksichtigung der Gewerbesteuer. Auf internationaler Ebene wird das Thema Steuerhinterziehung und legale Steuervermeidung heiß diskutiert. Auf dem G8-Gipfel in dieser Woche sind daher neue Beschlüsse gefasst worden. So hat die OECD den G8-Staaten einen Vorschlag zur Umsetzung eines weltweiten automatischen Informationsaustausches vorgelegt. Aber auch die Europäische Kommission ist nicht untätig und hat eine Richtlinie zum automatischen Informationsaustausch eingebracht. Diese Themen und ein hochinteressantes Urteil des Bundesfinanzhofes zur mittelbaren Änderung des Gesellschafterbestands einer grundstückbesitzenden Personengesellschaft i. S. d. § 1 Abs. 2a GrEStG bestimmen die Themen unserer dieswöchigen Ausgabe.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 6

G8-Gipfel: Bekämpfung der Steuerhinterziehung und legale Steuervermeidung erneut Thema

Gutachten zur Vermögensbesteuerung: Die Auswirkungen der steuerlichen Reformmodelle der Oppositionsparteien im Wahlkampf 2013

BFH: Mittelbare Änderung des Gesellschafterbestandes einer grundstücksbesitzenden Personengesellschaft

→ OUTGOING 7 vom 17.06. bis 21.06.2013

Beratung des Bundesrat-Finanzausschusses zum Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden – Antrag des Landes Hessen

Beratung des Bundesrat-Finanzausschusses zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien 2011 (Lohnsteuer-Änderungsrichtlinien 2013 - LStÄR 2013)

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS 8 – 14 vom 21.06.2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Entschließung des Bundesrates zum Abbau der kalten Progression

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 15 – 18 vom 24.06. bis 28.06.2013

Bundestag: 250. Sitzung u. a. zum Einkommensteuergesetz in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 07.05.2013

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung 05.07.2013

Stakeholder: Marktwirtschaftlicher Dialog zum Thema Steuergerechtigkeit (persönliche Einladung erforderlich)

GUTACHTEN ZUR VERMÖGENSBESTEuerung: DIE AUSWIRKUNGEN DER STEUERLICHEN REFORMMODELLE DER OPPOSITIONSPARTEIEN IM WAHLKAMPF 2013

Die steuerlichen Reformmodelle der Oppositionsparteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Vermögensteuer stehen immer mehr im Fokus von Wissenschaft und Verbänden. In der Diskussion stehen neben der Einführung der Vermögensteuer/Vermögensabgabe zudem eine massive Ausweitung der Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer sowie die Einbeziehung von Freiberuflern und Land- und Forstwirtschaften. Gefordert wird daneben die Erhöhung der Einkommensteuerspitzensätze bei gleichzeitiger Abschaffung des Ehegattensplittings und einer Ausweitung der Besteuerung von Kapitaleinkünften.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie von Frau Prof. Dr. Kerstin Schneider belegt, dass die Pläne zu einer erheblichen Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung, bis hin zu einer Substanzbesteuerung führen würden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

BFH: MITTELBARE ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTERBESTANDES EINER GRUNDSTÜCKSBESITZENDEN PERSONENGESELLSCHAFT

Mit seinem Urteil vom 24.04.2013, II R 17/10 ändert der Bundesfinanzhof (BFH) seine bisherige Rechtsprechung zu § 1 Abs. 2a S. 1 GrEStG. Gehört nach § 1 Abs. 2a S. 1 GrEStG ein inländisches Grundstück zum Vermögen einer Personengesellschaft und ändert sich innerhalb von fünf Jahren der Gesellschafterbestand unmittelbar oder mittelbar in der Weise, dass mindestens 95 % der Anteile am Gesellschaftsvermögen auf neue Gesellschafter übergehen, gilt dies als ein auf die Übereignung dieses Grundstücks auf eine neue Personengesellschaft gerichtetes Rechtsgeschäft. Bisher war für den BFH dabei unerheblich, ob die bisherigen Altgesellschafter auch nach dem jeweiligen Anteilseignerwechsel wirtschaftlich beteiligt blieben. Nunmehr nimmt der BFH eine ausschließlich wirtschaftliche Betrachtungsweise bei mittelbaren Gesellschafterwechseln vor. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu